

Forschungsinstitut
Urban Management und Governance
Tätigkeitsbericht 2020

1 Editorial

Das mittlerweile zehnte Arbeitsjahr des Forschungsinstituts war, wie wohl alle Lebensbereiche in dieser Zeit, geprägt von der Covid-19-Pandemie. Diese hat sich besonders auf einen zentralen Bereich wissenschaftlichen Arbeitens ausgewirkt: jenen des Austauschs und der Vernetzung, insbesondere mit internationalen Partner/inne/n. Konferenzen, Gastaufenthalte und -vorträge, Workshops, Seminare: Vieles konnte, wie auch im Bereich der Lehre, erfolgreich in den virtuellen Raum verlegt und im „Distanzbetrieb“ stattfinden – doch bei weitem nicht alles. Das spiegelt sich auch im vorliegenden Jahresbericht wider, wengleich weniger bei den wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die ja auf jahrelangen Vorarbeiten aufbauen können, als in all jenen Bereich, die auf persönliche Begegnungen angewiesen sind und den Grundstein für solche Publikationen legen. Daher fällt vor allem der hintere Teil des Jahresberichts kürzer aus als in den Vorjahren. Wir blicken jedenfalls mit Zuversicht in die Zukunft und hoffen, in den kommenden Arbeitsjahren vieles von dem, was für 2020 geplant war, nachholen zu können – und halten es inzwischen mit dem Liedtext des US-Klassikers von Vera Lynn:

*We'll meet again
Don't know where
Don't know when
But I know we'll meet again some sunny day.*

1.1 Aufgaben des Forschungsinstituts

Das Forschungsinstitut für Urban Management und Governance wurde Ende 2010 eingerichtet, um Fragestellungen des modernen Stadtmanagements sowie der Urban Governance auf interdisziplinärer – vor allem wirtschafts-, rechts- und organisationswissenschaftlicher – Basis zu untersuchen und längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Nach Einrichtung der notwendigen Infrastruktur an der WU Wien wurden Projekte in unterschiedlichen Schwerpunktbereichen entwickelt. Die Forschungstätigkeit des Forschungsinstituts im Berichtsjahr 2020 soll im Folgenden dargestellt werden. Der Anspruch an eine Balance von wissenschaftlicher Forschung, anwendungsorientierter Expertise sowie Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch mit Entscheidungsträger/inne/n in der kommunalen Verwaltungspraxis nahm von Anfang an eine wesentliche Stellung ein. Die Aktivitäten des Forschungsinstituts wurden auch im Jahr 2020 fortgesetzt, wie der vorliegende Bericht dokumentieren soll.

1.2 Mitarbeiter/innen

Das Team des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance wird von je einer Professorin aus den Bereichen Betriebswirtschaftslehre und Öffentliches Recht geleitet.

Leitung:

- Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner
- Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate E. Meyer

Faculty:

- Dr. Vitaliano Barberio
- Dr. Ali Aslan Gümüşay
- Lisa-Maria Grob, LL.M.
- Birgit Hollaus, LL.M.
- Prof. Dr. Markus A. Höllerer
- Prof. Dr. Martin Kornberger
- Ines Kuric, MSc
- Dr. Stephan Leixnering
- Dr. Stefan Mayr, LL.M. (CEU)
- Michaela Neumann, MSc (WU)
- Nikolai Staudinger, MSc
- Sebastian Vith, MA MSc

Darüber hinaus waren im Berichtszeitraum folgende Wissenschaftler/innen der WU Wien über Forschungsprojekte an das Institut angebunden:

- em. o. Univ.-Prof. Dr. Peter Doralt, LL.M. (Harvard)
- Ass.-Prof. Dr. Dennis Jancsary
- Dr. Achim Oberg (bis 7/2020)
- Dr. Tobias Polzer (ab 12/2020)

Wissenschaftliche studentische Mitarbeiter/innen:

- Katrin Fetzer, BA
- Peter Mair, BA
- Denise Mezgolits, BSc

- Anna Rieckh, BA
- Sophie Röbl, BA BSc
- Ilona Rumanus, BSc
- Iryna Sauca, LL.B.
- Jonathan Stoll, BSc
- Klaus Wolfsgruber, LL.B. oec.

Weitere Studierende haben im Rahmen von Werkverträgen an Forschungsprojekten mitgewirkt.

Gastwissenschaftler/innen und affiliierte Forschende:

- Christof Brandtner, PhD (University of Chicago, USA; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Prof. W. E. Douglas Creed, PhD (The University of Rhode Island, Boston, USA; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Anna Grandori (Università Bocconi, Mailand, Italien; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Prof. Dr. Ulf Papenfuß (Zeppelin-Universität, Friedrichshafen, Deutschland; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Dr. Tobias Polzer (University of Sussex, Großbritannien; bis 12/2020)
- Samantha Ragot, MA (Mines ParisTech, Frankreich; Bereich Betriebswirtschaftslehre)
- Prof. Dr. Achim Oberg (Universität Hamburg, Deutschland, Bereich Betriebswirtschaftslehre, ab 7/2020)
- Selin Öner, PhD (Bilgi University, Is-

tanbul, Türkei; Bereich Betriebswirtschaftslehre)

- Dr. Jeroen Veldman (Nyenrode Business Universiteit, Breukelen, Niederlande; Bereich Betriebswirtschaftslehre)

Mitarbeiterinnen in der Administration:

- Charlotte Lejeune (ab 12/2020)
- Mag.^a Ute Springer (bis 10/2020)
- Mag.^a Heike Wiesner

2 Tätigkeiten im Jahr 2020

2.1 Forschung

Die im Folgenden angeführten Forschungsaktivitäten und -ergebnisse stammen aus Urban-Management- und Governance-spezifischen Projekten der Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts bzw. zugeordneter Forscher/innen des Berichtsjahres 2020.

(Neue) Organisationsformen und ihre Governancemechanismen

Public Corporate Governance: Öffentliche Organisationslandschaften und Steuerung autonomer Einheiten

Gebietskörperschaften erbringen wesentliche Teile ihrer Leistungen mithilfe verselbständigter Einheiten, die sich voneinander in ihrem Autonomiegrad unterscheiden: teilselbständige Einheiten innerhalb der Verwaltung, ausgegliederte Rechtsträger des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts sowie zahlreiche ge-

mischwirtschaftliche Beteiligungen. Deren rechtliche Rahmenbedingungen (etwa für Haushaltsführung/Bilanzierung und Dienstrecht) und faktische Governance-Strukturen weichen nicht unwesentlich von jenen der öffentlichen Verwaltung ab. Die Steuerung dieser unterschiedlich ausgeformten Organisationen obliegt in der Regel den Führungskräften innerhalb der Verwaltung und muss eine ausreichende Dezentralisierung von Kompetenzen und Ressourcen bei gleichzeitiger Sicherstellung von politischer, finanzieller, rechtlicher und leistungsbezogener „Accountability“ gewährleisten. Ziel des Projektes ist es, zu untersuchen, inwiefern die Governance-Konfiguration der jeweiligen Einheiten (Rechtsform, Autonomiegrad, Steuerungsform etc.) der Balance zwischen Effektivität, Effizienz, Qualität sowie der politischen Verantwortung, die Erbringung einer Vielzahl von Leistungen für die Bürger/innen sicherzustellen, gerecht wird und in welchen Bereichen Verbesserungspotential besteht.

Im Berichtsjahr wurden Projektergebnisse im Rahmen einer internationalen Publikation zur Steuerung von „Domestic City Organizations“, die als selbständige Einheiten im vollständigen Eigentum oder unter der Aufsicht einer Stadt gefasst werden, veröffentlicht. Die vorliegenden Projektergebnisse werden zudem laufend im Bereich der Lehre sowie des Wissenstransfers zugänglich gemacht.

Public Interest-Oriented: Neue Organisationsformen

Organisationen, deren Aktivitäten sich am Gemeinwohl orientieren, sind nicht auf den öffentlichen, aber auch nicht auf den sogenannten „dritten“ Sektor beschränkt. Gerade im angelsächsischen Raum etablieren sich aktuell neue Organisationsformen von Kapitalgesellschaften (z. B. die „Benefit Corporation“ in den USA), deren Erfolg sich nicht ausschließlich an Rendite- oder Wertzuwachsenerwartungen der Shareholder misst: Das Organisationsziel ist auch gemeinwohlorientiert, der Unternehmensgegenstand dient dem öffentlichen Interesse. Ein historischer Blick auf die Etablierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform und Emblem des modernen Kapitalismus schlechthin zeigt, dass die Gemeinwohlorientierung dabei eine fundamentale Rolle gespielt hat, die sich insbesondere in Österreich auch bis heute in der rechtlichen Rahmenordnung ablesen lässt. Das Forschungsprojekt untersucht in Kooperation mit anderen europäischen Universitäten die Bedeutung der Gemeinwohlorientierung in der Aktiengesellschaft und arbeitet deren Entwicklung historisch auf. Insbesondere neue gemeinwohlorientierte Kapitalgesellschaftsformen werden dazu in Beziehung gesetzt und vergleichend untersucht.

Das Projekt fokussierte im Berichtsjahr weiterhin auf die Institutionalisierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform. Diese Rechtsform enthält dem Grunde nach ein auf

Gemeinwohl ausgerichtetes Element, dessen Bedeutung sich über die Zeit mehrfach gewandelt hat. 2020 wurden die bisherigen Projektergebnisse weiter auf internationalen Foren diffundiert und eine internationale Publikation vorbereitet. Die internationale Kooperation zum Themenkreis mit der Mines ParisTech (Frankreich) und der Università Commerciale Luigi Bocconi (Mailand, Italien) konnte dabei weiter gestärkt werden. Zudem wurde im Berichtsjahr die Ausgabe einer renommierten internationalen Jahrbuchserie zum Projektthema vorbereitet („The Corporation: Rethinking the Iconic Form of Business Organization“), die von Angehörigen des Forschungsinstituts mitherausgegeben wird und 2021 erscheinen soll.

Aktuelle Urban-Management- und Governance-Trends

PERCEIVE: Regionale Identitäten und Europäische Kohäsion

Das Ziel des durch das EU-Rahmenprogramm „Horizon 2020“ geförderten Projektes PERCEIVE („Perception and Evaluation of Regional and Cohesion Policies“) ist es, zum besseren Verständnis des europäischen Zusammenhaltes im Sinne der „Einheit in Vielfalt“ beizutragen. Dazu wird untersucht, inwiefern verschiedene nationale und gesamteuropäische politische Maßnahmen unterschiedliche Wahrnehmungen der Europäischen Union (EU) schaffen und je nach Region in unter-

schiedlichem Ausmaß zur Identifikation der Bürger/innen mit der EU beitragen. Dabei verfolgt PERCEIVE einen multidisziplinären Zugang, der sozial- und politikwissenschaftliche sowie regionalökonomische Ansätze verbindet.

Im Berichtsjahr wurden Ergebnisse aus dem Projekt im Rahmen einer internationalen Publikation veröffentlicht, die auf die Bedeutung neuer sozialer Medien für politische Kommunikation in der europäischen Medienöffentlichkeit abstellt. Das Projekt wurde mit Ende 2020 geschlossen; die Projektergebnisse wurden u. a. als Leitlinien für eine gelingende Kommunikation der EU-Kohäsionspolitik veröffentlicht. Weitere Publikationen sind in Vorbereitung.

Sharing Economy

Verschiedene Modelle der Sharing Economy – wie beispielsweise Car-Sharing, Co-Working, Community Gardening oder auch die temporäre Vermietung von Wohnungen – haben sich in den letzten Jahren etabliert. Während in den ersten Jahren des Aufkommens dieser Modelle die ökonomischen, ökologischen und sozialen Vorteile hervorgehoben wurden, werden seit Kurzem auch die negativen Seiten einiger Sharing-Economy-Modelle (Gefährdung von Arbeitsplätzen, Ausbleiben von Steuereinnahmen, Senkung der Standards bei Arbeitnehmer/innen-Rechten etc.) in der Öffentlichkeit thematisiert. Da etablierte Bran-

chen (wie das Hotelgewerbe und das Taxigewerbe) durch die neuen Modelle unter Druck geraten und sich gegen die weitere Ausbreitung dieser neuen Modelle des Tauschens, Teilens und Leihens wehren, wird die mediale Debatte teilweise recht emotional geführt. Mit diesen Konflikten konfrontierte Kommunen haben unterschiedliche Antworten im Umgang mit Sharing-Economy-Modellen gefunden: Während die Mehrzahl der Kommunen eher abwartet, versuchen einzelne, über bilaterale Vereinbarungen mit führenden Sharing-Economy-Plattformen – oder auch mittels intensiverer Regulierung – negative Auswirkungen von Sharing-Modellen zu reduzieren. Insbesondere größere Kommunen sehen sich zum proaktiven Handeln gezwungen, obwohl viele grundlegende Fragen zu den neuen Sharing-Economy-Modellen noch ungeklärt sind, z. B.: Welche sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungen haben spezifische Modelle? Welche lokalen und kommunalen Alternativen gibt es zu weltweiten Plattformen? Welche Ansätze der Governance passen zum jeweiligen institutionellen und kulturellen Kontext einer Kommune?

Im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit mit der MA 23 – Wirtschaft, Arbeit, Statistik der Stadt Wien weitergeführt und der „Wiener Stadtplan der Sharing Economy“ kontinuierlich gepflegt. Die Kooperation mit dem Forschungsnetzwerk „i-share“ wurde vertieft. Zudem wurde ein neuer Forschungsschwerpunkt zur Bedeutung von strategischer Stadtteilentwicklung für die Ausbreitung der Sha-

ring Economy initiiert. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt wurden bei verschiedenen (pandemiebedingt online stattfindenden) Tagungen und Konferenzen vorgestellt.

Collaborative Governance in Krisensituationen

Die gegenwärtige Debatte, welche Organisationsparadigmen heute im öffentlichen Sektor bestimmend sind, ist durch eine Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen gekennzeichnet. Das gilt für normative Vorstellungen von „Good Governance“ gleichermaßen wie für analytische Konzepte in der Wissenschaft. Neue Probleme wie etwa humanitäre Herausforderungen (z. B. die „Flüchtlingskrise“) oder der Klimawandel zeigen, dass öffentliche Institutionen nicht nur ihre Rolle neu definieren, sondern auch neue Formen von „Collaborative Governance“ erproben müssen, um die „capacity to act“ in solchen Situationen zu erhalten. Organisationen der öffentlichen Hand arbeiten eng mit privaten Unternehmen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken zusammen – unter den Augen einer interessierten und teilweise sehr kritischen Öffentlichkeit. „Wicked problems“ sind durch polizentrische Governance und distribuierte Entscheidungsmodi gekennzeichnet und stellen immer auch organisatorische Herausforderungen dar – nicht zuletzt, weil dabei auch diverse, teils gegensätzliche Interessen aufeinandertreffen. Der Fokus des Projektes im Berichtsjahr lag auf „Collective Action in Crises“, wobei das Forschungsinteresse jenem Set von Praktiken

gilt, die kollektives Handeln in Krisensituationen ermöglichen.

Aufbauend auf den Forschungsergebnissen des Instituts zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Wien wurden dabei „diplomatische“ Praktiken untersucht – also solche, die aus der Profession der Diplomatie bekannt sind –, denn schließlich stellen diese zentral darauf ab, kollektive Handlungsfähigkeit aufzubauen und zu erhalten.

Weiters wurde ein Projektantrag vom Australian Science Fund bewilligt, der zum Ziel hat, kollektive Handlung(sfähigkeit) im Rahmen der Bekämpfung australischer Buschfeuer zu untersuchen. An diesem an der University of New South Wales in Sydney angesiedelten Forschungsprojekt sind mehrere Mitarbeiter/inn/en des Forschungsinstituts beteiligt.

Zudem wurde ein Subthema auf einer internationalen Fachkonferenz zum Projektthema organisiert.

Public Governance und Public Auditing

Rechnungskontrollbehörden (RKB) haben eine wichtige Funktion im öffentlichen Institutionengefüge. Als Kontrollorgane stellen sie heute eine der wenigen Einrichtungen dar, die einen gesamthaften Blick auf öffentliche Organisationslandschaften einnehmen können und auch müssen. Zudem erarbeiten RKB auf Basis ihrer Prüftätigkeit Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Wirksamkeit und Effizienz des Verwaltungshandelns und der Geschäftstätigkeit öffentlicher Organisatio-

nen. Inwiefern diese Empfehlungen von den betroffenen Organisationen und Organisationseinheiten auch umgesetzt werden und zu einer tatsächlichen Verbesserung führen, hängt maßgeblich von der Akzeptanz der RKB durch die Geprüften ab. Dieser Blick auf die Legitimität von RKB und ihrer Empfehlungen rückt damit die Perspektive der geprüften Organisationen – der Kund/inn/en – ins Zentrum des Interesses. Gleichzeitig ist die Kund/inn/en-Sicht ein wesentliches Kriterium zur Beurteilung der Prüfqualität von RKB, die ja selbst in der Regel keinerlei externen Kontrollinstanzen unterliegen: Alternative Instrumente der Qualitätssicherung sind daher notwendig, um diese Lücke zu schließen.

Im Berichtsjahr lag der Projektfokus weiterhin auf der Diffusion der Zwischenergebnisse der durchgeführten Vollbefragung aller vom Stadtrechnungshof Wien geprüften rechtsfähigen Organisationen, die vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität gefördert wurde. Weiters wurde die Arbeit an einer internationalen Publikation fortgesetzt; dabei wurde auch auf die Ergebnisse des Projekts „Public Corporate Governance: Öffentliche Organisationslandschaften und Steuerung autonomer Einheiten“ zurückgegriffen.

Organizational Resilience in a City Context

Im breiteren Kontext innovativen Stadtmanagements hat in jüngerer Vergangenheit das Thema der „Resilienz“ von Städten („city resilience“) erhöhte wissenschaftliche Aufmerk-

samkeit erhalten. Unter Resilienz wird in diesem Zusammenhang kurz gesagt die Fähigkeit von Städten verstanden, unerwartete Schocks (z. B. Naturkatastrophen, Terrorismus usw.) und andauernde Stressoren (z. B. soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Erhaltung von kritischer Infrastruktur) „abzufedern“. Ein Schwerpunkt der laufenden Debatte liegt dabei vor allem auf der Gestaltung der intersektoralen Zusammenarbeit von öffentlicher Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft auf verschiedenen Ebenen. Ein laufendes Projekt am Forschungsinstitut widmet sich dabei der Frage, wie sich in diesem Bereich globale Best Practices entwickeln, welche Vorreiterrolle internationale Metropolen einnehmen und welche Funktionen globale Netzwerke und Initiativen (z. B. 100 Resilient Cities Network, Transatlantic Policy Lab) ausfüllen. Zusätzlich befasst sich das Projekt mit der Integration unterschiedlicher Resilienz-Konzepte und versucht, diese für den Stadtkontext fruchtbar zu machen. Dabei wird zentral auf das Konzept des „City Spirit“ abgestellt. 2020 wurde an einem empirischen Beitrag für ein renommiertes Fachjournal gearbeitet. Die darauf aufbauende Untersuchung zum Umgang von Großstädten mit systemischer Diskriminierung im Kontext von Resilienzbemühungen konnte auf mehreren internationalen Konferenzen vorgestellt werden. Ein konzeptioneller Beitrag über Resilienz sowie die Adaptations- und Transformationsfähigkeit von Städten wurde ebenfalls bei einem internationalen Fachjournal eingereicht und

inzwischen zur Veröffentlichung angenommen.

Urbane Transformationsprozesse zur Nachhaltigkeit aus der Perspektive von Recht und Governance

Freiraum für Regulatorisches Experimentieren Schaffen – F.R.E.SCH

Expert/inn/en in der Praxis von Forschungs- und Innovationsprojekten im Energiebereich weisen zunehmend auf den Bedarf nach adäquaten Experimentierräumen hin, um systemische Implementierung neuer Integrations- und Marktmodelle zu ermöglichen bzw. um Lösungen mit Speicher- und Energietechnologien in unterschiedlichen räumlichen und regulatorischen Kontexten replizierbar zu machen. Dies macht auch Adaptionen des institutionellen und regulatorischen Rahmens notwendig.

Im Rahmen des interdisziplinären Projekts, das vom BMNT (jetzt: BMK) gefördert wird (Abwicklung über das FFG-Programm „Energie.Frei.Raum“) wurde im Berichtszeitraum vom Projektkonsortium (AIT-Projektleitung, FI Urban Management und Governance, JKU-Energieinstitut) ein Stakeholderprozess (Workshops mit relevanten Akteur/inn/en aus den Bereichen Innovation, Verordnungs- und Gesetzgebung, Bedarfsträger/inne/n und Policy-Maker) implementiert. Im Zuge dieses Prozesses wurden relevante Themenfelder und Forschungsfragen identifiziert. Mit der Untersuchung der maßgeblichen unions- und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen

für die Schaffung von Reallaboren im Energiebereich wurde die inhaltliche Arbeit im Berichtszeitraum abgeschlossen. Mit Blick auf die Dissemination der Forschungsergebnisse wurde im Berichtszeitraum ein Projektbericht auf der Homepage des BMK veröffentlicht. Weiters wurden mehrere Publikationen vorbereitet und bei internationalen Fachzeitschriften zur Publikation eingereicht.

APCC Special Report – Herausforderungen und Chancen bei der Erreichung des Pariser Abkommens „Strukturelle Bedingungen für ein klimafreundliches Leben“

Die konsum- und produktionsbasierten Treibhausgasemissionen in Österreich befinden sich nach wie vor auf einem hohen Level. Um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen und damit „der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen“ (UNFCCC 2015), reichen rein technische und auf einzelne Sektoren bezogene Lösungen, die nur eine partielle Dekarbonisierung anstreben, nicht aus. Stattdessen ist eine weitreichende Dekarbonisierung der österreichischen Gesellschaft notwendig, die eine strukturelle gesellschaftliche Transformation, welche alle Aspekte des täglichen Lebens in Österreich umfasst, erfordert. In Zusammenarbeit mit Stakeholdern werden im Special Report Potenziale,

Optionen und Grenzen identifiziert, um strukturelle Bedingungen zu erreichen, die ein klimafreundliches Leben in Österreich ermöglichen, etablieren und nachhaltig sichern.

Im Berichtsjahr wurde mit der inhaltlichen Arbeit an diesem vom Klima- und Energiefonds geförderten Forschungsprojekt mit einem Kick-off-Workshop begonnen. Derzeit bewerten mehr als 50 Forscherinnen und Forscher den Stand der wissenschaftlichen Diskussion über wirksame Gestaltungsoptionen.

Vierter Baukulturreport: Baukultur konkret

Im Rahmen dieses Projekts (Projektleitung: *Verein Plattform Baukulturpolitik*) soll der Entwurf eines Regelungsvorhabens samt wirkungsorientierter Folgenabschätzung (WFA) für effektivere und effizientere Baukulturinstrumente erarbeitet werden. Das Forschungsinstitut für Urban Management und Governance steuert hierzu die rechtliche Expertise bei. Untersucht werden die rechtlichen Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume, insbesondere auch wenn es darum geht, die bestehenden Instrumente und Strukturen zu ergänzen bzw. gegebenenfalls auch auszubauen. Im Berichtsjahr wurde die inhaltliche Arbeit an dem Projekt mit einem Kick-off-Workshop begonnen. Erste Forschungsergebnisse zu Fördermodellen, institutionellen Gestaltungsmöglichkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten wurden im Rahmen eines weiteren Workshops präsentiert.

Der Einsatz städtebaulicher Verträge in Österreich

Die Frage, ob und inwieweit die Gemeinden als Trägerinnen von Privatrechten im Bereich der Raumordnung Verträge abschließen können, war in Österreich lange Zeit mit Rechtsunsicherheiten behaftet, seit der Verfassungsgerichtshof im Jahr 1999 die damalige Salzburger Regelung zur Vertragsraumordnung für verfassungswidrig erklärt hat. Nach wie vor bestehen zwischen den einschlägigen landesgesetzlichen Regelungen und der Praxis der Vertragsraumordnung in österreichischen Städten zum Teil erhebliche Unterschiede. Während u. a. Wien beim Einsatz städtebaulicher Verträge mittlerweile eine Vorreiterrolle in Österreich einnimmt, haben zahlreiche Städte bisher keine oder kaum praktische Erfahrungen mit städtebaulichen Verträgen sammeln können. Diese Unterschiede in der Praxis gehen zu einem wesentlichen Teil auch auf die spezifische Ausgestaltung der rechtlichen Grundlagen zurück. Im Rahmen des Projekts sollen die rechtlichen Grundlagen vergleichend analysiert und so Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes städtebaulicher Verträge sowie rechtliche Risiken und Verbesserungspotenziale *de lege lata* analysiert werden. Im Berichtsjahr wurden die Analysen begleitend zur Diskussion der Thematik im Rahmen eines Jubiläumsfondsprojekts (dazu unten) abgeschlossen.

Städtebauliche Verträge als Instrument der Stadtentwicklung

Wiens Stadtbevölkerung – und mit ihr der Bedarf an Wohnen, Arbeit und Mobilität – wächst. Die qualitätsvolle Stadtentwicklung stellt, gerade für die Smart City Wien, eine zentrale Herausforderung dar. Um die vielfältigen Ziele einer zukunftsorientierten Stadtplanung zu realisieren, können „Städtebauliche Verträge“ als flexibles Instrument der Raumplanung eingesetzt werden.

Das vom WU-Jubiläumsfonds der Stadt Wien geförderte Projekt soll einen Beitrag zur systematischeren Analyse der Rechtsgrundlagen leisten. Im Rahmen eines Stakeholderprozesses wurden zunächst Erfahrungen im praktischen Umgang mit städtebaulichen Verträgen in Wien und weiteren österreichischen Städten gesammelt. Im Berichtsjahr wurde die Erstellung eines Positionspapiers zum Thema städtebauliche Verträge fachlich begleitet und finalisiert.

Rechtsfragen der Energieraumplanung

Die Energieraumplanung verfolgt das Ziel, CO₂-Emissionen zu vermeiden, Energieeffizienz zu erhöhen und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern. Dazu sollen Raumplanung und Energieplanung auf Stadtteilebene integriert betrachtet werden. Wie internationale Beispiele zeigen, können bei der Energieraumplanung ganz unterschiedliche (rechtliche) Instrumente zum Einsatz kommen: Von hoheitlichen energiebezogenen Festlegungen

im Flächenwidmungsplan über energetische Anforderungen in privatrechtlichen Verträgen beim Verkauf kommunaler Liegenschaften bis hin zu Förderanreizen ist eine Fülle an Instrumenten denkbar. Die integrierte Betrachtung von Raumplanung und Energieplanung und die Umsetzung von integrierten Energieversorgungslösungen eröffnen zahlreiche rechtliche Fragestellungen. Am Forschungsinstitut wurden in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien in einem Projekt rechtliche Aspekte der Energieraumplanung für Wien aufbereitet, die als fachliche Grundlage u. a. für das im STEP 2025 vorgesehene Fachkonzept „Integrierte Energie-Raum-Planung“ dienen sollen.

Im Rahmen eines laufenden Dissertationsprojektes wurde im Berichtsjahr die umfassende Bearbeitung der rechtlichen Fragestellungen der Energieraumplanung weitergeführt.

Städte im Spannungsfeld von Europäischer Integration und Globalisierung

Kommunale Daseinsvorsorge im Kontext europäischer Handelsabkommen einer neuen Generation (TTIP, CETA, TiSA)

Die Rolle der Kommunen als zentrale Erbringenden von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist wesentlich durch komplexe unionsrechtliche und welthandelsrechtliche Vorgaben mitgeprägt. Eine besondere und aktuelle Herausforderung stellen dabei EU-Handelsabkommen einer neuen Generation (wie TTIP oder CETA) dar, die neben einer

Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen unter anderem Kapitel zum Beschaffungswesen, zur innerstaatlichen Regulierung und zum Investitionsschutz inklusive Investor/in-Staat Streitbeilegung (ISDS bzw. ICS) vorsehen. Durch das Ineinandergreifen einer Vielzahl von Vertragskapiteln und -anhängen könnten diese Abkommen weitreichende Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und damit auch die politischen Handlungsspielräume zur Regulierung, Erbringung und Finanzierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge haben. Die Abkommen werfen daher auch die Frage auf, ob und inwiefern dadurch Freiräume zur Verwirklichung sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischer Ziele wieder geschlossen werden, die für den Bereich der Daseinsvorsorge von den Mitgliedstaaten gegenüber der EU in den letzten Jahren durchgesetzt bzw. vom EuGH anerkannt wurden.

Das Projekt baut auf einer 2015 durchgeführten Studie auf, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich untersuchte. Diese Studie hat eine Vielzahl von neuen Forschungsfragen aufgeworfen, die im Rahmen des Projekts weitergeführt und vertieft werden. Dazu zählen Grundlagenfragen, etwa zum Verhältnis zwischen den Abkommen und dem Recht der EU sowie der Mitgliedstaaten, und spezifische Fragestellungen, etwa im Bereich des Investitionsschutzes oder von Investitionskontrollen. 2020 wurden die Arbeiten am Projekt fortgesetzt. Forschungsergebnisse

wurden in Fachzeitschriften veröffentlicht und weitere Publikationen vorbereitet.

IRES: Erhöhung von Resilienz und Versorgungssicherheit post-COVID-19: Von globalen zu regionalen Wertschöpfungsketten

Die COVID-19-Pandemie verdeutlicht die Fragilität globaler Produktionsprozesse. Vor diesem Hintergrund wird der Ruf nach geografisch stärker diversifizierten Produktionsketten und einer vermehrten lokalen Produktion lauter. Belange der Versorgungssicherheit gewinnen gegenüber Effizienz- und Kostenüberlegungen in der Diskussion zunehmend an Bedeutung. Umstritten sind aber sowohl die Instrumente, die zu einer solchen Reorganisation der Produktion eingesetzt werden könnten, als auch die sektorale Reichweite allfälliger Maßnahmen.

Das Projekt IRES zielt zunächst darauf ab, ein tieferes und systematischeres Verständnis der gegenwärtigen Organisation der Produktion auf internationaler Ebene zu gewinnen. Dies beinhaltet unter anderem eine Analyse der Transformation globaler Produktionsprozesse anhand von Fallstudien zu globalen Wertschöpfungsketten im Bereich spezifischer pharmazeutischer und medizinischer Güter sowie eine Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen, die auf internationaler Ebene (etwa im WTO-Recht) für etwaige Regionalisierungsmaßnahmen bestehen. Darauf aufbauend wird in der Folge untersucht, welche rechtlichen Handlungsspielräume auf Ebene

des Unionsrechts und des nationalen Rechts für Maßnahmen bestehen, die auf eine Erhöhung von Regionalisierung, Resilienz und Versorgungssicherheit post-COVID-19 abzielen. In diesem Zusammenhang wird eine Vielzahl von Maßnahmen und Instrumenten näher in den Blick genommen, darunter Beihilfen, strategische Bevorratung und die (nachhaltige) öffentliche Beschaffung. Das Projekt wird in Kooperation mit der Österreichischen Stiftung für Entwicklungsforschung (ÖFSE, Gesamtprojektleitung) durchgeführt. Im Berichtsjahr wurde mit der inhaltlichen Arbeit an dem Projekt begonnen. Parallel dazu wird eine Disseminationsstrategie erarbeitet.

2.2. Ausgewählte wissenschaftliche Publikationen, Konferenzbeiträge und Vorträge

Im Rahmen der Forschungstätigkeit am Institut entstanden Publikationen in fach einschlägigen Organen und Konferenzbeiträge:

Barberio, Vitaliano, Kuric, Ines, Mollona, Edoardo, Pareschi, Luca. 2020. The use of social media in EU policy communication and implications for the emergence of a European public sphere. *Investigaciones Regionales – Journal of Regional Research*, 46, 111-129.

Biegelbauer, Peter, Friedl, Werner, Kubeczko, Klaus, Madner, Verena, Moser, Simon, Schmidt, Ralf-Roman, Steinmüller, Horst, Veseli, Argienta, Wang, Anna, Wolfsgruber, Klaus. 2020. F.R.E.SCH: Freiraum für Regulatorisches Experimentieren Schaffen. Wien: BMLRT.

Doganova, Liliana, Kornberger, Martin. 2020. Strategy's futures. *Futures*, 125, 1-9.

Haselsteiner, Edeltraud, Grob, Lisa-Maria, Frey, Harald, Madner, Verena, Laa, Barbara, Schwaigerlehner, Katja. 2020. The vertical urban factory as a concept for mixed use in future cities. In: CORP – Competence Center of Urban and Regional Planning (Hrsg.), REAL CORP 2020 Proceedings/Tagungsband, 873-881. Aachen, Deutschland.

Hollaus, Birgit. 2020. The EU and compliance mechanisms in multilateral environmental agreements: Repeating a pattern? Joint ESIL IG "EU as a Global Actor" and City Law School, International Law and Affairs Group (ILAG) Workshop "The European Union's External Action and International Law: A View From the Outside" London, Großbritannien (online), 12.06.

Höllerer, Markus, Jancsary, Dennis, Barberio, Vitaliano, Meyer, Renate. 2020. The interlinking theorization of management concepts: Cohesion and semantic equivalence in management knowledge. *Organization Studies*, 41 (9), 1284-1310.

Kirchengast, Gottfried, Madner, Verena, Schu-lev-Steindl, Eva, Steininger, Karl, Hofer, Miriam, Hollaus, Birgit. 2020. VwGH zur „Dritten Piste“: „Cruise-Emissionen“ im UVP-Verfahren trotz Relevanz des Klimaschutzes nicht zurechenbar. *Recht der Umwelt*, 2, 72-78.

Leixnering, Stephan, Doralt, Peter. 2020. The best interest of the enterprise? A "rare affaire" of law with social science. Seminar "Enterprise, Responsibility, Civilization", Mines ParisTech. Paris, Frankreich (online), 20.10.

Leixnering, Stephan, Höllerer, Markus, Polzer, Tobias, Schiffinger, Michael. 2020. The central role of auditing in the sphere of delegated governance. University of Manchester, Manchester, Großbritannien (online), 02.12.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Doralt, Peter. 2020. Institutional drift and restoration:

Purpose shifts in the history of the Aktiengesellschaft. Workshop "Profit-with-Purpose Corporations and New Governance Forms", Mines ParisTech, Paris, Frankreich (online), 17.-18.09.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Polzer, Tobias. 2020. Hybrid coordination of city organizations: The rule of people and culture in the shadow of structures. *Urban Studies*. Online first.

Leixnering, Stephan. 2020. Eigentum verpflichtet: Ist der plurale Corporate Purpose wirklich eine Selbstverständlichkeit? *zfo – Zeitschrift Führung + Organisation*, 89(4), 247-249.

Madner, Verena. 2020. Abwägung, Prognoseentscheidung, Planungsentscheidung. In: Holoubek, Michael, Lang, Michael (Hrsg.), *Verwaltung und Verwaltungs-/ Finanzgerichtsbarkeit*, 113-126. Wien: Linde.

Madner, Verena. 2020. Rechtliche Ansatzpunkte zum Flächensparen. Tagung der Forschungsstelle Umweltrecht, Universität Wien, 26.02.

Madner, Verena. 2020. Rechtsfragen der Energieraumplanung. Konferenz 50 Jahre Raumplanung, TU Wien, 20.02.

Madner, Verena. 2020. Urban Governance im Zeichen großer globaler Herausforderungen. *Wiener Aufsichtsrätetag*, Wien, 17.02.

Madner, Verena, Frey, Harald, Grob, Lisa-Maria, Haselsteiner, Edeltraud, Laa, Barbara, Schwaigerlehner, Katja, Winder, Manuela, Haselsteiner, Josef. 2020. *Vertikal Urban Factory: Innovative Konzepte der vertikalen Verdichtung von Produktion und Stadt*. Wien: BMK.

Madner, Verena, Mayr, Stefan. 2020. Das neue Investitionskontrollgesetz. *Journal für Rechtspolitik (JRP)*, 28(4), 220-233.

Mayr, Stefan. 2020. From mutual trust to blind

trust? Investment protection and rule of law backsliding in the European Union. *PluriCourts Lunch Seminar*, Oslo, Norwegen (online), 15.04.

Mayr, Stefan. 2020. Intra-EU investment protection in national courts and the CJEU: Challenges in light of the rule of law crisis. Workshop *Swedish Network for European Legal Studies*, Uppsala, Schweden (online), 20.-21.08.

Mayr, Stefan. 2020. Much ado about nothing? The (limited) effects of the ECJ's Achmea decision on intra-EU investment protection. *PluriCourts Annual Conference*, Oslo, Norwegen (online), 24.-25.06.

Mayr, Stefan, Madner, Verena. 2020. Investitionskontrollen als Schutz in Krisenzeiten - und darüber hinaus. *A&W blog*, 21.04.

Melo, Sara, De Waele, Lode, Polzer, Tobias. 2020. The role of Post-New Public Management in shaping innovation: The case of a public hospital. *International Review of Administrative Sciences*. Online first.

Meyer, Renate, Jancsary, Dennis, Höllerer, Markus. 2020. Sinnprovinzen, Leitideen, Institutionelle Logiken: Regionalisierte Bedeutungszonen in der neo-institutionalistischen Organisationsforschung. In: Hasse, Raimund, Krüger, Anne K. (Hrsg.), *Neo-Institutionalismus: Kritik und Weiterentwicklung eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms*, 101-136. Bielefeld, Deutschland: Transcript Verlag.

Meyer, Renate. 2020. Heated atmosphere: Organizational emotions and field structuring in online climate change. Invited talk at the University of New South Wales, Sydney, Australien, 20.02.

Meyer, Renate, Vaara, Eero. 2020. Institutions and actorhood as co-constitutive and co-constructed: The argument and areas for fu-

ture research. *Journal of Management Studies*, 57(4), 898-910.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2020. Contact Tracing Apps, Accountability and Public Governance. Workshop "Research after COVID-19", University of Sussex Business School, Brighton, Großbritannien, 14.07.

Polzer, Tobias, Goncharenko, Galina. 2020. The legitimation of digital innovations and accountability relationships between government and citizens: A case of COVID-19 contact tracing apps in the UK. *Virtueller Nachwuchsworkshop der Wissenschaftlichen Kommission Öffentliche Betriebswirtschaftslehre (WK ÖBWL) im VHB, Deutschland*, 03.-04.12.

Polzer, Tobias, Seiwald, Johann. 2020. From implementation to confirmation of gender-responsive budgeting? The case of Austria. *Academy of Management Best Paper Proceedings*, 2020(1).

Seiwald, Johann, Polzer, Tobias. 2020. Reflections on the Austrian COVID-19 budgetary emergency measures and their potential to reconfigure the public financial management system. *Journal of Public Budgeting, Accounting & Financial Management*, 32(5), 855-864.

Soule, Sarah, Leixnering, Stephan, Höllerer, Markus, Sutherland, Margot. 2020. *Erste Group: Transformation of a Banking House – Change, Leadership, Space*. Stanford Graduate School of Business Teaching Case OB-101. Boston: Harvard Business Publishing.

Vith, Sebastian, Höllerer, Markus. 2020. "Turning the sharing economy into a fair economy": Strategic issue work in the Vienna City Administration. *Research in the Sociology of Organizations*, 66, 187-213.

Vith, Sebastian, Oberg, Achim, Berwing, Stefan, Höllerer, Markus, Wruk, Dominika. 2020. *Making places meaningful: Urban infrastructures and the formation of the sharing econ-*

omy. 36th EGOS Colloquium, Hamburg, Deutschland (online), 02.-04.07.

Vith, Sebastian. 2020. *Regulierungsfragen in der Sharing Economy*. Sechstes i-share Symposium, Mannheim, Deutschland (online), 12.10.

Wruk, Dominika, Schöllhorn, Tino, Oberg, Achim. 2020. Is the sharing economy a field? How a disruptive field nurtures sharing economy organizations *Research in the Sociology of Organizations*, 66, 131-162.

2.3 Lehre und Veranstaltungen

Vom 18. bis 21. August 2020 fand an der WU die 11. International Sustainability Transitions Conference (IST2020) als Online-Konferenz mit mehr als 680 internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Die jährliche IST-Konferenz ist das zentrale Event der internationalen Transitionsforschung. Das dahinterstehende Forschungsnetzwerk *Sustainability Transitions Research Network (STRN)* umfasst über 1500 internationale Forscherinnen und Forscher aus unterschiedlichen Fachgebieten und bringt jährlich über 500 Publikationen in Fachjournalen hervor. Das Forschungsnetzwerk und die jährlich stattfindende Konferenz setzen sich mit der Frage auseinander, wie der Wandel zur Nachhaltigkeit (Sustainability Transition) durch radikale Veränderungen und Innovationen in sozio-technischen Systemen gelingen kann. Die IST2020-Konferenz zum Thema "Governance in an Era of Change - Making Sustainability Transitions Happen" wurde vom Forschungsinstitut für Urban Management und Governance, dem Institut für

Recht und Governance und dem Austrian Institute of Technology (AIT) in Zusammenarbeit mit dem *Sustainability Transitions Research Network* veranstaltet.

Im Bereich des Regelstudiums trägt das Forschungsinstitut zu besseren Spezialisierungsmöglichkeiten für Studierende im Bereich Public sowie Urban Management und Governance bei. Auf Bachelor-Ebene werden entsprechende Lehrinhalte im Rahmen der Speziellen Betriebswirtschaftslehre „Organisation“, auf Master-Ebene im Rahmen von Electives in den Master-Programmen „Management“ und „Sozioökonomie bzw. „Socio-Ecological Economics and Policy“ integriert und laufend weiterentwickelt. Im Rahmen von Bachelor- und Masterarbeiten konnten Studierende kommunale Themenstellungen insbesondere zu den Themen der Forschungsschwerpunkte laufend bearbeiten.

Im Berichtsjahr 2020 wurde der Schwerpunkt auf Public Corporate Governance in einzelnen Lehrveranstaltungen fortgesetzt. Der „Dialog“, das Vortrags- und Diskussionsforum des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance (gemeinsam mit den Instituten für Organization Studies sowie der Österreichischen Vereinigung für Organisation und Management), wurde im Berichtsjahr pandemiebedingt ausgesetzt).

2.4 Vortragstätigkeit, Executive Education und Wissenstransfer

Das Forschungsinstitut stand auch im Berichtszeitraum 2020 als Ansprechpartner der Stadt Wien bei der Weiterentwicklung und Schulung im Rahmen des Aufsichtsrät/inn/en-Lehrgangs zur Verfügung. Die Detailplanung erfolgte dabei zumeist gemeinsam mit der Verwaltungsakademie der Stadt Wien.

Im Bereich der Executive Education waren Wissenschaftler/innen des Instituts als Vortragende (z. B. an der Wiener Verwaltungsakademie sowie ausgegliederten Rechtsträgern des Bundes) tätig. Zudem haben Mitarbeiter/innen des Forschungsinstitutes Ihre Expertise für verschiedene Executive-Education-Programme der WU Executive Academy (z. B. Public Auditing und Healthcare Management) eingebracht und zahlreiche Abschlussarbeiten betreut.

Das Institut trug zudem durch eine praxisorientierte Aufbereitung von Forschungsergebnissen (z.B. Bereitstellung von Forschungsberichten und Gastvorträgen) zum Wissenstransfer in die Verwaltungspraxis auf Wiener sowie auf Bundesebene sowie zum internationalen Austausch bei. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner trug unter anderem am Wiener Aufsichtsrätetag zum Thema „Urban Governance im Zeichen großer globaler Herausforderungen“ vor.

Weiters leisteten die Institutsleiterinnen und Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts durch die Tätigkeit in verschiedenen Gremien,

Expert/inn/en-Kommissionen und Beiräten einen aktiven Beitrag zum Wissenstransfer in die (kommunale) Praxis. So ist etwa Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner Mitglied im Advisory Board Wissenschaft des Klimarats der Stadt Wien und ist Vorsitzende des Expert/inn/en-Beirats der Steuerungsgruppe der Stadt Wien „Smart City Wien“. Sie war zudem im Beirat des „Horizon 2020“ Projekts „Smarter Together“ und ist im Kuratorium des KDZ und des Urban Forum tätig. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer ist Mitglied im Aufsichtsgremium des Wiener Gesundheitsverbundes, im Aufsichtsrat des FWF, im Kuratorium des KDZ, im Kuratorium des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität sowie Jurymitglied für den Kommunalwissenschaftlichen Preis der Carl-und-Anneliese-Goerdeler-Stiftung.

Fortgesetzt wurde das Projekt zu den Formen der Sharing Economy in Wien gemeinsam mit der MA 23 der Stadt Wien. 2020 wurde darüber hinaus eine Fallstudie in Kooperation mit der Erste Group Bank im Rahmen der Harvard Business Case Collection gemeinsam mit der Stanford University publiziert, die nun international für die Weiterbildung von Top-Führungskräften zur Verfügung steht.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer ist Herausgeberin des renommierten Fachzeitschrift „Organization Studies“ und war im Berichtsjahr Division Chair der OMT Division der Academy of Management. Sie ist seit 2009 Part Time Professor an der Copenhagen Business School;

seit Oktober 2020 ist sie weiters Visiting Professor of Management an der Saïd Business School der University of Oxford. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer und Dr. Stephan Leixnering waren zudem als internationale Mitglieder des Centre for Not-for-profit and Public-sector Research an der Queen’s Management School, Belfast, Großbritannien, tätig. Dr. Stephan Leixnering war auch 2020 Research Fellow an der Zeppelin Universität Friedrichshafen und zudem als Research Associate mit der Mines ParisTech affiliert.

Zudem sind Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer als Präsidentin und Dr. Stephan Leixnering als ihr Stellvertreter im Vorstand der Österreichischen Vereinigung für Organisation und Management (ÖVO) tätig. Die ÖVO ist zudem institutionelle Mitherausgeberin der „zfo – zeitschrift führung + organisation“ und wird in deren Herausgeberbeirat von Dr. Stephan Leixnering vertreten.

Wissenschaftler/innen des Forschungsinstituts trugen auch als Gastgeber/innen internationalen Austauschs zur Vernetzung bei. Bis auf die Gastaufenthalte von Samantha Ragot (Mines TechParis) und Selin Öner (Bilgi University, Istanbul, Türkei) musste der geplant Austausch jedoch rein virtuell stattfinden: Zahlreiche geplante Aktivitäten sowie Gastvorträge konnten nicht stattfinden und mussten verschoben werden.

Kontakt

Forschungsinstitut für
Urban Management und Governance
WU Wirtschaftsuniversität Wien
Welthandelsplatz 1, 1020 Wien
www.wu.ac.at/urban